

# LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
178 · Ausgabe BL·BS · Oktober 2018



## Gemeinsame Gesundheitsregion – Planung, Regulierung und Spitalfusion?

Die SP Basel-Stadt und Baselland stehen für ein qualitativ hochstehendes Gesundheitswesen im Dienste der Bevölkerung ein. Eine bedarfsgerechte Grundversorgung muss im Zentrum dieser Gesundheitspolitik stehen. Dazu werden von den beiden Regierungen drei Ziele ins Zentrum gesetzt:

- eine optimierte Gesundheitsversorgung der Bevölkerung beider Kantone
- eine Dämpfung des Kostenwachstums
- eine Sicherung der Hochschulmedizin. Wichtige Steuerungsinstrumente dazu sind eine gemeinsame Spitalliste, eine wirkungsvolle Regulierung im stationären und ambulanten Bereich und die Koordination der gemeinwirtschaftlichen Leistungen. Der Ausbau von nicht bedarfsgerechten Angeboten kann so gestoppt und Überkapazitäten an Betten können abgebaut werden. Der Staatsvertrag betreffend Planung, Regulation und

Aufsicht in der Gesundheitsversorgung wurde daher von den beiden Kantonalparteien begrüsst und auch von beiden Parlamenten (Grosser Rat BS und Landrat BL) angenommen. Grosse Diskussionen, ausgiebige und kritische Wortmeldungen löste der Staatsvertrag Spitalgruppe aus. Auch die SP BS und BL haben hierzu stark voneinander abweichende Haltungen, wie die beiden folgenden Stellungnahmen zeigen.

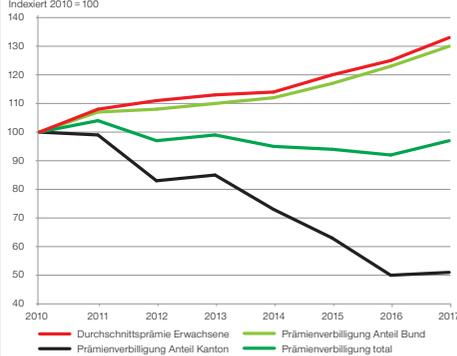


**Landrätin Lucia Mikeler Knaack:** Die Bildung einer gemeinsamen Spitalgruppe durch die Fusion des Universitätsspitals Basel und des Kantonsospitals Baselland scheint die beste Möglichkeit zu sein, die drei oben genannten Ziele auch erreichen zu können. Aus Sicht der SP BL ist eine Spitalfusion zwingend, um die rechtliche Verbindlichkeit zu gewährleisten. Eine vorgeschlagene Kooperation würde den Wettbewerb zwischen den Kantons Spitälern nicht beseitigen und die Ziele der Kostendämpfung, Qualitätssteigerung und Konzentration des Angebotes nicht erreichen. Die Rechtsform der AG ist der komplexen Situation angepasst und führt zu keiner Privatisierung. Da die Auflösung oder Kündigung des Vertrages dem Regierungsrat bzw. dem Verwaltungsrat unterstellt ist, wurde ein Antrag der SP BL für ein Konsultationsverfahren in der zweiten Lesung gutgeheissen und ins Spitalbeteiligungsgesetz integriert.



**Grossrat Sebastian Kölliker:** Das Projekt der Spitalfusion überzeugt nicht. Was die Region Nordwestschweiz im Spitalbereich aufgrund des Überangebots braucht, ist eine Strukturvereinigung. Die Spitalfusion bringt hingegen einen Strukturverlust mit sich, indem alle Standorte vertraglich zementiert werden. Die Spitalfusion bringt kein Element mit sich, das zu einer Entlastung bei den Krankenkassenprämien führen würde. Weiter entsteht ein Entzug der demokratischen Kontrolle durch die neue Rechtsform Aktiengesellschaft statt öffentlich-rechtlicher Anstalt. Ebenso besteht grosse Sorge um die Anstellungsbedingungen des Personals, schlechte Signale aus den GAV-Verhandlungen verheissen nichts Gutes. Deshalb lehnt die SP-Fraktion des Grossen Rates den Staatsvertrag Universitätsspital Nordwest AG deutlich ab.

PRÄMIEN UND PRÄMIENVERBILLIGUNGEN IM KANTON BL 2010–2017  
Indexiert 2010 = 100



### 2010–2017: Prämien steigen – kantonale Verbildigung sinkt

Von 2010 bis 2017 ist die Durchschnittsprämie (rote Linie) um 33% gestiegen. Die vom Bund ausgerichteten Beiträge an die Prämienverbildigungen (hellgrüne Linie) halten fast mit. Doch der Kanton hat seinen Beitrag an die Prämienverbildigung (schwarze Linie) praktisch halbiert. Deshalb haben die ausbezahlten Prämienverbildigungen (grüne Linie) leicht abgenommen, obwohl die Prämienlast um einen Drittel gestiegen ist.

## KANTONALE ABSTIMMUNGEN VOM 25. NOVEMBER 2018

# Ja zur Prämienverbildigung!

AM 25. NOVEMBER STIMMEN WIR ÜBER DIE PRÄMIEN-INITIATIVE AB. SEIT JAHREN STEIGEN DIE KRANKENKASSENPRÄMIEN. SEIT JAHREN HAT DIE BASELBIETER POLITIK DIE PRÄMIENVERBILLIGUNGEN ABGEBAUT. DAS BASELBIET GEHÖRT DESHALB ZU DEN KANTONEN MIT DER HÖCHSTEN PRÄMIENBELASTUNG.

Das bringt die Prämien-Initiative

- Kein Haushalt soll mehr als 10 Prozent des Haushaltseinkommens für Krankenkassen-Prämien ausgeben müssen.
- Wer heute schon Prämienverbildigungen bezieht, wird stärker entlastet als bisher. Das dient vor allem den tieferen Einkommen.
- Der Kreis der Bezügerinnen und Bezüger wird auf den Mittelstand ausgeweitet. Denn auch die mittleren Einkommen brauchen Entlastung.

### Keine Mogelpackung im Steuergesetz!

Die Änderung des Steuergesetzes (Gegenvorschlag des Landrats zur Wohnkosten-Initiative) bringt den Hausbesitzern Steuer geschenke von 9 Millionen Franken pro Jahr. Einmal mehr versuchen die Hauseigen-

tümerlobby und die Wirtschaftskammer die Privilegien einer Minderheit zu schützen. Bezahlen soll das die grosse Mehrheit mit den Steuern. Das Bundesgericht hat solche Manöver schon zweimal gestoppt. Nun stoppen wir es an der Urne.

### Verfassungsänderung betreffend Wahl der Zivilkreisgerichte

Im Rahmen einer Teilrevision des Gerichts- und Prozessrechts wird die Wahl der Zivilkreisgerichte neu geregelt. Das Wahlrecht soll, wie bei den anderen kantonalen Gerichten, durch den Landrat ausgeübt werden. Das ist sinnvoll, denn bei den Gerichtswahlen durch das Volk gab es bisher stets nur eine sehr geringe Stimmbeteiligung.

Ruedi Brassel, Sekretär SP Baselland

## Basiskampagne: Wir brauchen euch alle!



Yasmine Perrinjaquet und Nils Jocher orchestrieren die Basiskampagne der SP Baselland.

Seit September arbeiten wir, Nils Jocher und Yasmine Perrinjaquet, bei der SP Baselland als CampaignerInnen für die Landratswahlen 2019. Unsere Aufgabe ist es, gemeinsam mit den Kandidierenden und weiteren Engagierten die Basiskampagne im Kanton zu koordinieren. Um für die Liste 2 und für

Kathrin Schweizer zu mobilisieren, wollen wir gemeinsam mit möglichst allen Mitgliedern in den Wochen vor den Wahlen 10000 Gespräche in unserem Umfeld und mit SP-nahen Menschen führen. Denn: Wir reden mit den Menschen und nicht über sie.

Damit ihr etwas besser wisst, mit wem ihr es die nächsten Monate zu tun habt, stellen wir uns an dieser Stelle gegenseitig vor.

### Yasmine über Nils:

Nils, 22-jährig, voraussichtlich Langzeit-Student (Soziologie und Wirtschaft), wird von allen für seine Ehrlichkeit, seinen Humor, seine Bodenständigkeit, seine Effizienz und nicht zuletzt für sein unermüdliches politisches Engagement geschätzt. Nebst angeregten, zielführenden Diskussionen und Statistiken schlägt sein grosses Herz für

gesellige Sommernächte mit einem kühlen Bier. Nur selten trifft man Nils schlecht gelaunt an. Sollte dies dennoch der Fall sein, dann vermutlich aufgrund von Schlafmangel, trägen Sitzungen oder Begegnungen mit engstirnigen, unreflektierten Menschen.

### Nils über Yasmine:

Yasmine, 26-jährig, bereits Langzeit-Studentin (European Global Studies), interessiert sich für spannende und lustige Menschen. Sie mag den Geruch von frischer Wäsche und raucht zu ihrem Kaffee auch gerne die eine oder andere Zigarette. Oberflächliche Gespräche findet sie doof, viel lieber diskutiert sie bei einem Glas Wein über die Werke von Lukas Bärfuss. Yasmine arbeitet strukturiert und kommuniziert ehrlich und transparent. Ihre positive Art begeistert zum Mitmachen und ihr Humor zum Mitlachen. Das Lachen vergeht ihr erst, wenn sie mit Mais, Lügen oder Ignoranz konfrontiert wird.

### AGENDA SP BL

- Donnerstag, 18. Oktober, 19.30 Uhr  
**Delegiertenversammlung**  
Mehrzweckhalle, Turnhallenstrasse, 4460 Gelterkinden
- Donnerstag, 1. November, 19.30 Uhr  
**Podium zur Prämien-Initiative**, Kulturhaus Palazzo, Bahnhof Liestal
- Samstag, 3. November, 10.00–16.00 Uhr  
**Herbsttagung SP 60+ Schweiz**, Markthalle Basel
- Mittwoch, 14. November 2018, 19.30 Uhr  
**Koordinationskonferenz**, Markthalle, Basel
- Mittwoch, 21. November, 18.30 Uhr  
**Podium zur Initiative Ergänzungsleistungen für Familien**  
Pfarrei Bruder Klaus, Rheinstr. 20, Liestal
- Sonntag, 25. November 2018  
**Abstimmungssonntag**
- Samstag/Sonntag 1./2. Dezember  
**Parteitag der SP Schweiz**, Windisch

# VoltaNord – Ein lebendiges Quartier für Basel

WO HEUTE EIN WENIG GENUTZTES GEWERBE- UND INDUSTRIEAREAL LIEGT, KANN MORGEN EIN NEUES QUARTIER ERBLÜHEN. MIT DEM WEGGANG DER FIRMA COOP UND DEN AUSLAUFENDEN MIET- UND BAUVERTRÄGEN ERGIBT SICH DIE MÖGLICHKEIT, DAS AREAL ZU EINEM LEBENDIGEN QUARTIER ZU ENTWICKELN: VOLTANORD.

Benjamin Plüss,  
Präsident Sachgruppe  
Stadtentwicklung und  
Verkehr



## Ein Plus für das Gewerbe

Die bestehenden Industrieflächen im Norden des Areals werden erhalten und qualitativ aufgewertet. Dadurch wird der Industrie mehr Fläche zur Verfügung stehen als vor der Arealentwicklung. Insgesamt sollen auf dem Areal bis zu 2500 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

## Bezahlbarer Wohnraum für Basel

Um der hohen Nachfrage nach Wohnraum im Kanton Basel-Stadt gerecht zu werden, ist auf der gegenüberliegenden Seite Wohnraum für bis zu 1900 Personen geplant. Mindestens ein

Drittel davon wird gemeinnützig verwaltet. Den Übergang zwischen der Wohnnutzung und der Industriefläche bildet ein Baufeld mit einer Mischnutzung. Dadurch werden die BewohnerInnen vor dem Industrielärm geschützt. Im Zentrum der Wohnflächen dient ein Quartierplatz den AnwohnerInnen als Erholungsraum. Zusätzlich wird die einzigartige Flora und Fauna entlang der Geleise neu als Naturschutzgebiet anerkannt und erhalten.

## Mehr Platz für Kultur

Mit der Umnutzung des Verteilzentrums werden günstige Flächen für Kultur und Gewerbe geschaffen. Die künftigen NutzerInnen lassen erahnen, wie vielseitig das Gewerbe- und Kulturhaus werden wird: Neben dem alevitischen Kulturverein hat auch ein Betreiber von Kletterhallen einen Vorvertrag abgeschlossen. Als wichtiger Teil der Quartierinfrastruktur wird ein altes Lagerhaus zu einem Schulhaus umgebaut. In diesem sollen



Quelle: Michi Nussbaumer

zwölf Schulklassen und zwei Kindergärten untergebracht werden. Die dazugehörigen Turnhallen können am Abend lokalen Vereinen als wertvolle Trainingsstätte dienen.

Das neue VoltaNord wird ein lebendiges Quartier mit mehr Platz für bezahlbares Wohnen, mit mehr Platz für das Gewerbe und mehr Platz für Kultur. Deshalb sage ich «JA» zu VoltaNord!

## Zwängerei auf Kosten des Verkaufspersonals



Lisa Mathys, Grossrätin,  
gelernte Detailhandlungs-  
angestellte

Die BaslerInnen haben schon mehrfach klargemacht, dass sie keine längeren Ladenöffnungszeiten wollen: Zuletzt sagten 2013 rund 60 % der Stimmenden Nein. Trotzdem versuchte die politische Rechte erneut, auf parlamentarischem Weg eine Verlängerung zu erzwingen. Angeblich im Interesse einer Innenstadt-Bele-

bung und einer Umsatzsteigerung im Detailhandel. Diese Argumente gehen aber nicht auf: Die Erfahrung ist längst gemacht, dass sich so der Umsatz höchstens sehr minim erhöht. Im Prinzip verteilt er sich einfach auf mehr Stunden. Grosse Ladenketten mit viel Personal können das organisatorisch wohl stemmen – kleinere Läden mit wenig Personal können nicht mitziehen, geraten noch mehr unter Druck oder müssen schliessen. So wird die Innenstadt nicht lebendiger – im Gegenteil: Es sind genau die kleinen, lokalen Läden, die die Lebendigkeit ausmachen.

Ganz ausser Acht lassen zudem die befür-

wortenden Parteien die Interessen des Verkaufspersonals: Wer wie ich eine Berufslehre im Detailhandel gemacht hat, weiss, dass es bereits schwierig ist, die Arbeitszeiten in dieser Branche mit einem sozialen Umfeld oder sogar einer Familie zu vereinbaren. Zwei weitere Stunden am Samstagabend sind eine empfindliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Verkauf. Dies notabene für einen Berufsstand, der ohnehin alles andere als auf Rosen gebettet ist (tiefe Löhne, anspruchsvolle Arbeitszeiten, kein allgemeingültiger GAV). Ein weiteres klares Nein gehört also ins Abstimmungs-couvert für den 25. November.

### AGENDA SP BS

- Samstag, 27. Oktober 2018, ca. 10.00–16.00 Uhr  
SP Städtekonferenz  
Markthalle Basel
- Samstag, 3. November, 10.00–16.00 Uhr  
Herbsttagung SP 60+ Schweiz  
Markthalle Basel
- Donnerstag, 22. November 2018, 20.00–22.00 Uhr  
Delegiertenversammlung mit Gastredner Paul Rechsteiner  
UNION Basel, Klybeckstrasse 95
- Sonntag, 25. November 2018  
Abstimmungssonntag
- Samstag/Sonntag, 1./2. Dezember  
Parteitag der SP Schweiz  
Windisch

AUS DEM GROSSEN RAT

# Dank Kompromiss kein Leistungsabbau

**DIE SP-FRAKTION HAT DEM BASELSTÄDTISCHEN KOMPROMISS ZUR STEUERVORLAGE 17 ZUGESTIMMT, OBWOHL NICHT ALLE URSPRÜNGLICHEN FORDERUNGEN UMGESETZT WERDEN. DER BASELSTÄDTISCHE KOMPROMISS IST DIE BESTMÖGLICHE VORLAGE IN DER AKTUELLEN SITUATION MIT EINER BÜRGERLICHEN MEHRHEIT IM PARLAMENT.**

## Keine Kürzungen notwendig

Zentral ist, dass keine Kürzungen für die Bevölkerung nötig sind. Steuersenkungen dürfen nur vorgenommen werden, wenn die Finanzierung staatlicher Leistungen und Investitionen für einen starken Service Public nicht gefährdet sind. Die sorgfältige Finanzpolitik der letzten Jahre erlaubt es, die jährlichen Steuereinnahmen um 150 Mio. Franken zu senken, ohne dass das Haushaltsbudget geschmälert wird. Somit gibt es in absehbarer Zukunft keinen Grund für einen Leistungsabbau, wie ihn die bürgerlichen Parteien fordern. Die SP-Fraktion hat sich erfolgreich gegen höhere Steuerzufälle gewehrt.



Tanja Soland, Grossrätin

## Anpassung an realen Steuersatz

Während Holdinggesellschaften wie Novartis und Roche mit dem Basler Kompromiss mehr Steuern zahlen müssen, sinkt die Gewinnsteuer für KMUs spürbar. Die SP-Fraktion hätte einen höheren Steuersatz gewünscht. Immerhin wurde erreicht, dass die Dividendenbesteuerung auf 80% erhöht wird, womit Basel zu den Spitzenreitern im kantonalen Vergleich gehört.

## Sozialer Ausgleich

Weitere Punkte, welche die SP-Fraktion im baselstädtischen Kompromiss einbringen konnte, sind die Familienzulagen, eine Steuersenkung für natürliche Personen und eine stärkere Prämienverbilligung. Die Familienzulagen gehen zulasten

der Unternehmen, welche von tieferen Steuern profitieren. Die strukturellen Überschüsse erlauben es, die natürlichen Personen steuerlich zu entlasten. Kompromissfähig war hier nur eine Aufteilung der Steuerentlastung auf einen höheren Versicherungsabzug und eine Senkung des Steuersatzes. Die Erhöhung der Prämienverbilligung kommt hauptsächlich tiefen bis mittleren Einkommen zugute. Wobei auch neue Einkommensklassen in den Genuss von Prämienverbilligungen kommen werden.

Daher überwiegen am Ende die Vorteile der Steuervorlage 17 und die SP-Fraktion empfiehlt eine Zustimmung zum baselstädtischen Kompromiss.

AUS DEM LANDRAT

# Natürlich BL – Vorstösse für die Umwelt

**RASCHES, NACHHALTIGES HANDELN IST NÖTIG: DER VORANSCHREITENDE KLIMAWANDEL UND DIE MASSIVE UMWELTZERSTÖRUNG SIND GROSSE HERAUSFORDERUNGEN UNSERER ZEIT. ÖKOLOGISCHE ANLIEGEN GEHÖREN ZU DEN KERNTHEMEN DER SP. SIE NIMMT IHRE POLITISCHE VERANTWORTUNG GEGENÜBER DEN NACHFOLGENDEN GENERATIONEN WAHR.**

Die SP-Fraktion im Landrat reichte Ende September das Vorstosspaket «Natürlich BL» mit elf Forderungen zur Umweltpolitik ein.

So soll beispielsweise eine Standesinitiative eingereicht werden, damit der Einsatz des Pestizids Glyphosat verboten wird. Das Pflanzengift wirkt sich negativ auf die Biodiversität aus und belastet den Boden, die Luft sowie das Trinkwasser enorm. Eine der Auswirkungen der verminderten Biodiversität ist der beunruhigende Rückgang der Insektenpopulationen. Die Regierung soll sich mit diesem Thema auseinandersetzen und Massnahmen definieren, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Ein weiterer Faktor in diesem Zusammenhang ist die übermässige Beleuchtung im



Désirée Jaun, Landrätin und Gemeinderätin, Birsfelden

öffentlichen Raum, was nachtaktiven Lebewesen schadet. Lichtemissionen können verhindert werden, ohne die Sicherheit zu gefährden.

Damit die Biodiversität im Gegenzug gestärkt wird, fordert ein weiterer Vorstoss, dass kantonseigene Grünflächen naturnah gestaltet und gepflegt werden. Mit einem Baumschutzgesetz soll zudem das Ökosystem im Siedlungsbereich gestärkt werden. Aus aktuellem Anlass wird auch die Trockenheit der vergangenen Monate thematisiert, da sich solche Perioden wiederholen dürften. Es ist wichtig, mögliche Auswirkungen auf den Wald oder auf Fließgewässer zu erkennen, um diesen entgegenwirken zu können. Auch zum Thema Abfall stellt die SP Forderungen: Öffentliche Einrichtungen sol-

len plastikfrei werden und der Abfall muss konsequent getrennt werden.

Um die ökologischen Anliegen zu stärken und in der Bevölkerung zu verankern, muss das Umweltbewusstsein schon in der Schule gefördert werden. Der Kanton soll diesbezüglich eine Strategie aufzeigen und zudem den Baselbieter Schulklassen ermöglichen, den öffentlichen Verkehr im TNW-Gebiet kostenlos nutzen zu können.

Die SP greift mit dem vielfältigen Vorstoss-Paket wichtige Ökologie-Themen auf und verlangt konkretes Handeln. Denn: Wann, wenn nicht jetzt?!

Medienmitteilung und Vorstösse:  
<https://sp-bl.ch/publikationen/medienmitteilungen/natuerlich-bl>